

Soziale Gerechtigkeit!

Der Doofe packt den Lebenden

Wie inzwischen selbst der bornierteste Depp festgestellt haben dürfte, befindet sich die beste aller möglichen Welten derzeit in einer Phase umfassender Veränderungen. Da aber die sich allenthalben mit massivem Druck durchsetzenden „Grundwerte“ Freiheit, Gleichheit und Eigentum keineswegs zu einer Durchsetzung des süßen Lebens führen, sondern in der gegebenen Form im Gegenteil Armut, Abhängigkeit und Arbeitszwang für die Meisten bedeuten, ist die Freude über das Neue auch bei Leuten, die sich um die Gründe dessen nicht scheren, zum Teil begrenzt.

Aufgrund der Nachteile des Neuen das vermeintlich bessere Alte sich zurückzuwünschen, ist zwar ebenso üblich wie nachvollziehbar, deswegen aber noch lange nicht sinnvoll. Daß das, was mit Begriffen wie „Postfordismus“, „Globalisierung“ oder „Neoliberalismus“ mehr benannt denn beschrieben, geschweige denn erklärt wird, nicht zuletzt als „Deregulierung“, „Arbeits-

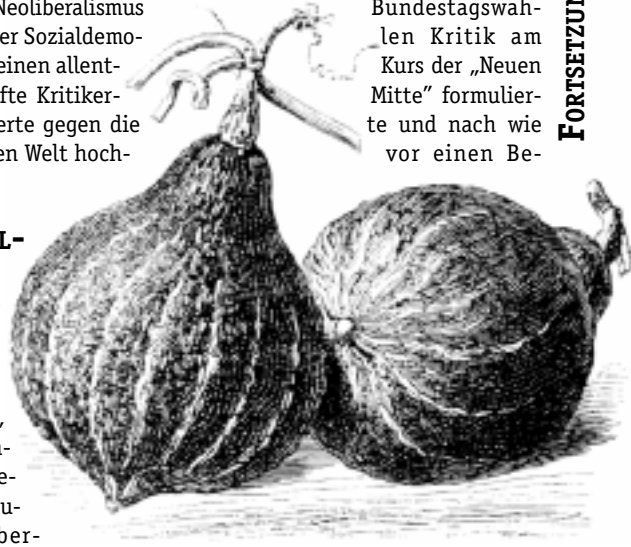
losigkeit“ und „Sozialabbau“ erscheint, ist in der Tat unangenehm. Dennoch zeugte es von akuter Amnesie, alternativ von hartnäckiger Analyseverweigerung, angesichts dessen zum „Goldenen Zeitalter“ des „Fordismus“ mit annähernder Vollbeschäftigung, einem „funktionierenden“ Sozialstaat etc. und seiner ideologischen Form, dem Sozialdemokratismus, zurückzuvollen. Doch genau das passiert: Während der Mainstream in der SPD mit wehenden Fahnen zum Neoliberalismus wechselte, als die Zeit der Sozialdemokratie vorbei war, erscheinen allenthalben dessen standhafte KritikerInnen, die die alten Werte gegen die „soziale Kälte“ der neuen Welt hochhalten.

DIE ANDERE SOZIALDEMOKRATIE

Heutzutage genügt es, stur an seinen seit Jahrzehnten obsolet gewordenen Überzeugungen festzuhalten, um im Lichte eines linken Dissidenten dazustehen. In der Tat ist man zunächst angenehm über-

rascht, hört man etwa von Herrn Zwickels Streitschrift „Gewerkschaften contra Kapitalismus pur“ in einer Zeit, in der die Gewerkschaften ihre Rolle als „Co-Management“, in die sie sich angeblich einst gedrängt sahen, mit einer Begeisterung wahrnehmen, die denen eines „echten“ Management kaum nachsteht. Auch die „Erfurter Erklärung“, ein Projekt von Linksozialdemokraten aus verschiedenen Parteien, das im Vorfeld der letzten Bundestagswahlen Kritik am Kurs der „Neuen Mitte“ formulierte und nach wie vor einen Be-

FORTSETZUNG AUF SEITE 8



DrogenbenutzerInnen heißen jetzt Kranke

Drogenpolitik vor, unter und über Rot-Grün

Die neue Mitte wollte nicht alles anders, sondern nur vieles besser machen. Da dies nun mal ein Widerspruch in sich ist, konnte sie in der Drogenpolitik wie in allen anderen Feldern nur Scheinlösungsansätze zustande bringen. Zwei kleine Deckmäntelchen der Repression dienen hier der Vortäuschung fortschrittlicher Ambitionen.

So versucht die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Christa Nickels, ein wenig gutmenschliche Rhetorik als Neuerung zu verkaufen. DrogenbenutzerInnen werden nun nicht mehr als StraftäterInnen, sondern als Kranke definiert. „Deutliches Zeichen“ soll die Eingliederung ihres Amtes (mit der Kompetenz, hin und wieder mal die Meinung der Regierung kundzutun) in das Bundesgesundheits-

statt wie bisher in das Innenministerium, sein. Daneben wird im kommenden Jahr gar eine greifbare Maßnahme stattfinden: In einem Feldversuch soll Heroin an sogenannte Schwerstabhängige unter ärztlicher Kontrolle abgegeben werden.

HERRLICH ABSCHRECKEND

Beide Neuerungen können allerdings kaum als wirkliche Fortschritte durchgehen, offenbart sich doch hinter der freundlichen Fas-

sade jeweils die konservative Zielsetzung, die Gesellschaft von den kriminalisierten Drogen zu säubern. Die Teilnahme an dem Heroinverschreibungsprojekt wird möglichst erschwert, indem die DrogenbenutzerInnen zunächst ihre Nichttherapierbarkeit unter Beweis stellen müssen; darüber hinaus ist das Angebot vor dem Hintergrund schärfster sozialer Kontrolle auch nicht besonders attraktiv. Die Betonung des „neuen“ Umgangs mit HeroinbenutzerInnen als Kranke andererseits ist gerade auf dem Feld der Öffentlichkeitsarbeit sehr geeignet, um weiter zu verschleiern, was die tatsächlichen Ursachen der gesundheitlichen Probleme von Junkies sind. Schließ-

lich ist diese Form der Verelendung erst bekannt, seit es das Heroinverbot gibt (1972). Während in den 20er Jahren betuchte BürgerInnen (ÄrztInnen, ApothekerInnen) ohne besondere Probleme Heroin konsumieren konnten, wird dieser Spaß unter den Bedingungen der scharfen Strafverfolgung (auch wenn es nur um die DealerInnen ginge) tatsächlich ziemlich gefährlich.

LEGALIZE IT?

Die Situation, in der für schlechten, gestreckten Stoff mit zigfachem Illegalitätspreisaufschlag auf ausreichende Ernährung, eine Wohnung, saubere Spritzen u.ä. verzichtet werden muß, produziert nun das Krankheitsbild, das

so herrlich abschreckend wirkt. Von einer „Wende“ o.ä. in der Drogenpolitik zu sprechen, wäre also verfehlt. Alle Änderungen der Drogenpolitik bewegen sich derzeit auf der Ebene von Verwaltungsvorschriften, d.h., keine gesetzlichen Bestimmungen, sondern nur Ausführungsbestimmungen werden geändert. Bei der verminderten Verfolgung von DrogenkonsumentInnen handelt es sich um Kulanz, nicht um Rechtssicherheit. Die Möglichkeit, daß die liberale Vorstellung, Drogenkonsum sei eine private Entscheidung, die vom Staat nicht mit Verboten eingeschränkt werden dürfte, von der neuen Mitte auch nur in Erwägung gezogen wird, kann jedenfalls ausgeschlossen werden.